

Aktionsplan gegen Antisemitismus

CDU-Aktionsplan gegen Antisemitismus

Der Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hat den Antisemitismus weltweit neu entfacht. Auch in Hamburg müssen Jüdinnen und Juden immer wieder Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffe erleben. Antisemitismus ist ein Angriff auf unsere freiheitliche Demokratie und darf in unserer Stadt keinen Platz haben.

Für uns als CDU-Bürgerschaftsfraktion ist klar: Der Schutz jüdischen Lebens ist eine Staatsaufgabe. Wer Antisemitismus bekämpfen will, muss wichtige Zeichen setzen, vor allem aber entschlossen und wirksam handeln. Hamburg braucht einen Aktionsplan mit klaren Zuständigkeiten und messbaren Ergebnissen.

Der Kampf gegen Antisemitismus entscheidet sich nicht in Sonntagsreden, sondern zeigt sich in der Konsequenz staatlichen Handelns. Der Rechtsstaat muss entschlossen eingreifen, wenn Hass, Hetze und Gewalt um sich greifen. Schulen müssen Haltung vermitteln. Polizei und Justiz müssen konsequent handeln. Die Politik muss klare Grenzen ziehen.

Wir als CDU-Bürgerschaftsfraktion stehen für eine Politik der Null-Toleranz gegenüber Antisemitismus: mit einer starken inneren Sicherheit, einer wehrhaften Demokratie und uneingeschränkter Solidarität mit jüdischem Leben und dem Staat Israel. Unser Ziel ist klar: Hamburg soll eine Metropole sein, in der Jüdinnen und Juden gerne, sicher, frei und sichtbar leben wollen.

Unsere Forderungen an den Senat:

CDU-Aktionsplan gegen Antisemitismus

- 1. Jüdisches Leben nachhaltig stärken**
- 2. Jüdische Geschichte in unserer Stadt sichtbar machen**
- 3. Antisemitismusprävention verbindlich in Bildungseinrichtungen verankern**
- 4. Null Toleranz gegenüber Antisemitismus**
- 5. Antisemitismus konsequent erfassen**
- 6. Islamistischen Antisemitismus entschlossen bekämpfen**
- 7. Hochschulen handlungsfähig machen**
- 8. Hamburg und Israel enger verbinden**
- 9. Antisemitismus ist auch eine Herausforderung für die Innere Sicherheit**
- 10. Antisemitismusbeauftragte stärken und mit wirksamen Befugnissen ausstatten**
- 11. Haltung sichtbar machen**
- 12. Kampf gegen Antisemitismus dauerhaft zum politischen Schwerpunkt machen**

1. Jüdisches Leben nachhaltig stärken

Der Wiederaufbau der Bornplatzsynagoge, den die Bürgerschaft bereits 2023 auf den Weg brachte, muss endlich konsequent umgesetzt werden. Der Wiederaufbau der Bornplatzsynagoge ist ein zentrales Zeichen für jüdisches Leben in Hamburg. Wer dieses Projekt ernst nimmt, darf sich nicht immer wieder hinter laufenden Prüfungen, Abstimmungen und dem Schutz interner Willensbildung verstecken. Der Senat muss endlich liefern: einen verbindlichen Terminplan, eine vollständige Kostenaufstellung und einen klaren Starttermin für den Rückbau des Bunkers.

Die Bornplatzsynagoge wird das Zentrum des jüdischen Lebens in Hamburg.

Die Freie und Hansestadt Hamburg ist gefordert, ausreichend Mittel für die Antisemitismusbekämpfung bereitzustellen. Insbesondere die Finanzierung der geplanten Bildungsstätte darf nicht weiter aufgeschoben werden. Bildungsarbeit wirkt am nachhaltigsten dort, wo Kompetenz, Erfahrung und Vertrauen bereits gewachsen sind.

Der Staatsvertrag mit der Jüdischen Gemeinde ist konsequent einzuhalten. Die Jüdische Gemeinde bleibt die zentrale Ansprechpartnerin der Stadt.

2. Jüdische Geschichte in unserer Stadt sichtbar machen

Einzelne Orte in Hamburg wie der Joseph-Carlebach-Platz, zukünftig wieder Heimat der Bornplatzsynagoge, der Jüdische Friedhof in Altona, die Tempelruine in der Poolstraße, die Ausstellung „Juden in Hamburg“ im – derzeit zwar geschlossenen – Museum für Hamburgische Geschichte erinnern und zeigen Orte jüdischen Lebens in Hamburg. Ein eigenes Museum für Jüdische Geschichte gibt es, anders als in Frankfurt, München oder Berlin nicht. Dabei haben Jüdinnen und Juden die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung Hamburgs über 400 Jahre erheblich geprägt. Sie gründeten Stiftungen, die zum Teil bis heute fortbestehen, waren an der Gründung von Hapag Lloyd beteiligt und als Kaufleute, im Handwerk sowie in vielen anderen Geschäftszweigen tätig. Mit ihren internationalen Kontakten prägten sie zudem den Handel der Stadt. Bereits seit einiger Zeit wird in Hamburg eine Diskussion über ein Jüdisches Museum geführt. Solange eine positive Entscheidung nicht gefällt und der Museumsbau nicht errichtet worden ist, setzt sich die CDU-Bürgerschaftsfraktion für eine bessere Dokumentation und Sichtbarmachung der jüdischen Geschichte in unserer Stadt ein, beispielsweise in den Stadtteilmuseen, im Hafen Museum, aber auch in Dokumentationen und Führungen durch das Hamburger Rathaus.

3. Antisemitismusprävention verbindlich in Bildungseinrichtungen verankern

Der Umgang mit Antisemitismus muss verpflichtender Bestandteil der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften sowie von Erzieherinnen und Erziehern werden.

Jede Schülerin und jeder Schüler in Hamburg soll während der Schulzeit mindestens einmal jüdisches Leben unmittelbar kennenlernen, beispielsweise durch Begegnungsprojekte, Synagogenbesuche oder Formate wie „Meet a Jew“, das Begegnungsprogramm der Bornplatzsynagoge und das Programm „Moin und Shalom“ der Jüdischen Gemeinde.

Darüber hinaus sind Demokratiebildung, Gedenkstättenpädagogik und Erinnerungsarbeit dauerhaft auszubauen.

4. Null Toleranz gegenüber Antisemitismus

Die Arbeitsdefinition der „International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) muss als verbindlicher Maßstab für Verwaltung, Schulen, Hochschulen sowie die Vergabe öffentlicher Fördermittel etabliert werden.

Öffentliche Kulturinstitutionen, Universitäten und Sportvereine, die von der Stadt gefördert werden, sollten sich ausdrücklich zu dieser Definition bekennen und müssen die Bekämpfung des Antisemitismus in ihren Satzungen und Statuten aufnehmen.

Personen, die antisemitische Positionen vertreten, das Existenzrecht Israels infrage stellen oder die BDS-Kampagne unterstützen, dürfen weder öffentliche Fördermittel erhalten noch öffentliche Räume nutzen.

Entsprechend sind alle Förderrichtlinien der Stadt anzupassen und regelmäßig zu überprüfen.

Beschäftigte der Freien und Hansestadt Hamburg sowie der öffentlichen Unternehmen sollten verpflichtende Fortbildungen zum Erkennen und Einordnen antisemitischer Erscheinungsformen erhalten.

5. Antisemitismus konsequent erfassen

Der Senat soll der Bürgerschaft jährlich einen Bericht über antisemitische Vorfälle, Entwicklungen und ergriffene Maßnahmen vorlegen.

Nur ein vollständiges Lagebild ermöglicht es, wirksame politische Entscheidungen zu treffen.

6. Islamistischen Antisemitismus entschlossen bekämpfen

Der Senat muss ein Sofortprogramm gegen islamistischen Antisemitismus auflegen. Schulen, Jugendhilfe, Integrationsarbeit, Verfassungsschutz und Polizei müssen enger zusammenarbeiten, um Radikalisierung frühzeitig zu erkennen und ihr konsequent entgegenzutreten.

Antisemitische Vorfälle dürfen weder relativiert noch aus falsch verstandener Rücksichtnahme verschwiegen werden.

Die Blaue Moschee soll nach Übergang an die Freie und Hansestadt Hamburg keinem religiösen Zweck mehr zugeführt werden, sondern Gedenkstätte und Dokumentations- und Bildungszentrum zu den Gefahren des Islamismus werden.

7. Hochschulen handlungsfähig machen

Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft einen Gesetzentwurf zur Einführung eines abgestuften Hochschulordnungsrechts – nach dem Vorbild des § 51a des nordrhein-westfälischen Hochschulgesetzes – in das Hamburgische Hochschulgesetz vorzulegen. Dieser soll rechtssichere Ordnungsmaßnahmen vorsehen: von einer Rüge und der Androhung weitergehender Maßnahmen über den zeitweiligen Ausschluss von der Nutzung einzelner Einrichtungen oder von Lehrveranstaltungen bis zur Exmatrikulation als letztem Mittel in besonders schweren Fällen.

Alle staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen in Hamburg sollen einen Antisemitismusbeauftragten bestellen. Die Bestellung soll im Einvernehmen mit der Antisemitismusbeauftragten der Freien und Hansestadt Hamburg erfolgen. Grundlage der Arbeit ist die IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus einschließlich ihrer Beispiele.

Die Beauftragten sollen als unabhängige Ansprechpartner für Betroffene wirken und Präventionsmaßnahmen koordinieren. Die Hochschulleitungen bleiben in der Verantwortung, Betroffene wirksam zu schützen, antisemitische Vorfälle systematisch zu dokumentieren, antisemitischem Fehlverhalten konsequent entgegenzutreten und antisemitisch motivierte Störungen des Hochschulbetriebs zu unterbinden.

8. Hamburg und Israel enger verbinden

Die Arbeit für den Hamburg-Israel-Jugendaustausch muss intensiviert werden, die vorhandenen Mittel müssen vollständig genutzt werden.

Schulen, Hochschulen, Sportvereine, Jugendverbände und zivilgesellschaftliche Organisationen sollen beim Aufbau langfristiger Partnerschaften mit Einrichtungen in Israel unterstützt werden.

Zudem soll Hamburg eine offizielle Städtepartnerschaft mit einer israelischen Stadt eingehen.

9. Antisemitismus ist auch eine Herausforderung für die Innere Sicherheit

Antisemitische Straftaten müssen mit derselben Konsequenz verfolgt werden wie jede andere Form politisch motivierter Kriminalität auch. Wir fordern deshalb eine Hamburger Sicherheitsinitiative gegen antisemitische Hasskriminalität.

Dazu gehören insbesondere die konsequente Verfolgung antisemitischer Straftaten durch Polizei und Staatsanwaltschaft sowie die systematische Bekämpfung antisemitischer Hasskriminalität im Internet und in sozialen Netzwerken. Polizei, Verfassungsschutz, Justiz und Schulen müssen eng zusammenarbeiten, um antisemitische Radikalisierung frühzeitig zu erkennen. Gegen ausländische Straftäter, die antisemitische oder terroristische Taten begehen, begrüßen oder billigen, muss das Ausländerrecht konsequent angewendet werden. Zugleich müssen Synagogen, Schulen, Kindertagesstätten und weitere jüdische Einrichtungen entsprechend der jeweiligen Gefährdungslage dauerhaft geschützt werden.

10. Antisemitismusbeauftragte stärken und mit wirksamen Befugnissen ausstatten

Die Stabsstelle der oder des Antisemitismusbeauftragten muss personell und finanziell angemessen ausgestattet werden. Sie muss über ausreichende Ressourcen verfügen, um ihre Aufgaben unabhängig und wirksam wahrzunehmen sowie wichtige Projekte zur Bekämpfung des Antisemitismus eigenständig anzustoßen und durchzuführen.

Um sich der wichtigen Aufgabe in vollem Umfang widmen zu können, ist die Stelle des oder der Antisemitismusbeauftragten hauptamtlich auszugestalten.

Zugleich sind die Befugnisse der oder des Antisemitismusbeauftragten deutlich zu stärken. Dabei ist zu prüfen, inwieweit insbesondere Akteneinsichts- und Informationsrechte in Verfahren mit antisemitischem Bezug geschaffen werden können. Dies gilt insbesondere für die Möglichkeit, bei antisemitisch motivierten Straftaten Einsicht in relevante Verfahrensunterlagen zu nehmen und Gerichtsverfahren als Beobachterin oder Beobachter zu begleiten. Vorbild könnten hierfür die Rechte des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit sein.

Darüber hinaus ist eine verbindliche Pflicht der Behörden zur Zuarbeit und Auskunft gegenüber der oder dem Antisemitismusbeauftragten zu prüfen. Bei Gesetzes-, Verordnungs- und sonstigen Vorhaben des Senats, die Fragen des Antisemitismus oder des jüdischen Lebens berühren, soll die oder der Antisemitismusbeauftragte künftig frühzeitig angehört und beteiligt werden.

11. Haltung sichtbar machen

Hamburg soll jährlich ein großes Forum gegen Antisemitismus im Rathaus unter der gemeinsamen Schirmherrschaft der Jüdischen Gemeinde und der Antisemitismusbeauftragten der Freien und Hansestadt Hamburg veranstalten und damit ein sichtbares Zeichen für Solidarität mit jüdischem Leben setzen. Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft sollen gemeinsam über wirksame Strategien beraten.

12. Kampf gegen Antisemitismus dauerhaft zum politischen Schwerpunkt machen

Die Freie und Hansestadt verfügt über eine Landesstrategie gegen Antisemitismus, in der die Maßnahmen der Stadt gebündelt werden, um Antisemitismus frühzeitig zu erkennen, konsequent zu bekämpfen, jüdisches Leben zu schützen und durch Bildung und Prävention dauerhaft vorzubeugen.

Der Senat muss diese Landesstrategie gegen Antisemitismus mit konkreten Maßnahmen, festen Zuständigkeiten und überprüfbaren Zielen hinterlegen. Der Kampf gegen Antisemitismus darf kein Projekt auf Zeit sein, sondern muss dauerhaft Priorität genießen.

CDU-Aktionsplan gegen Antisemitismus



© Yves Sucksdorff

Dennis Thering

Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion



040 876 045 12



www.dennis-thering.de



dennis.thering@cdu-hamburg.de



© Yves Sucksdorff

Dennis Gladiator

Parlamentarischer Geschäftsführer
Innenpolitischer Sprecher



040 428 31-3453



www.dennis-gladiator.de



dennis.gladiator@cdu-hamburg.de